

AUF DEM WEG ZU EINER ZIVILEN MEDIATIONSKULTUR?

Das Team für interkulturelle Konflikte und Gewalt (SOS-Tikk)¹

Gülcan Akkaya, Hanspeter Fent, Silvia Staub-Bernasconi

Die Aktivitäten des Teams für interkulturelle Konflikte und Gewalt lassen sich als Beitrag zur Entwicklung einer an Demokratie und Menschenrechten orientierten Alltagskultur verstehen. Dabei ist es nicht von ungefähr, dass die Mediationsvorstellung für zivile Konfliktregelungen in Städten wie Stadtteilen, aber auch in kleinen und grösseren Gemeinden mit einem hohen Ausländeranteil zur Zeit an Boden gewinnt. Sie ist die Folge der Erfahrung einer Welt, die sozial, ethnisch, religiös, politisch und wirtschaftlich immer heterogener und komplexer wird, was heisst, dass in Konflikten oft alle Dimensionen präsent sind und sich gegenseitig beeinflussen (vgl. Abschnitt 1.3). Entsprechend verlangt eine Konfliktaustragung eine Form aktiver Welt- und Kontextzugewandtheit, welche die im eigenen (sub)kulturellen Lebenskontext erlernten Werte und Normen, aber auch die als berechtigt gehaltenen Interessen hinterfragt. Und dies muss für alle am Konflikt und seiner Lösung Beteiligten gelten.

Im Folgenden soll zuerst das Team für interkulturelle Konflikte und Gewalt vorgestellt werden. Das daran anschliessende Beispiel *"Eskalation im Jugendhaus - erfolgreiche Mediation und ihre Grenzen"* zeigt zweierlei: Auch dann, wenn ein Konflikt besteht oder gar gewalttätig ausgetragen wird, führt dies nicht mühelos zu einem "Mediationsarrangement". In diesem Fall musste dieses sorgfältig aufgebaut werden, u.a. durch das aktive Aufsuchen der vom Jugendhaus ausgeschlossenen Jugendlichen, den immer wieder neuen Versuch, die Mediationsbereitschaft des Jugendhausleiters zu erwirken, und schliesslich durch die Gründung eines albanischen Vereins als Mediationspartner. Als zweites lässt sich zeigen, dass bei fehlender innerer Bereitschaft und einem starken Machtgefälle der Erfolg von Mediation in Frage gestellt ist. Das zweite Beispiel beleuchtet vor allem die Rolle der "dritten Instanz" von aussen nach einem ersten erfolglosen Versuch, das Problem ohne fremde Hilfe zu lösen. Das dabei entstandene Forum mit dem Motto *"Quartierforum: Im Quartier zusammen sprechen statt zusammenschlagen"* kann als Anfang einer institutionalisierten *Mediationskultur* betrachtet werden. Das heisst nicht, dass alle Forumsmitglieder die *Methode* der inter-kulturellen Mediation beherrschen müssen. Hingegen müssten sie in der Lage sein zu erkennen, wann professionelle Mediation notwendig ist.

¹ Erschienen in: Riehle, Eckart: Stadtentwicklung, Gemeinwesen und Mediation. LIT Verlag, Münster - Hamburg - London 2002



1. Das Team für interkulturelle Konflikte und Gewalt (SOS-Tikk)

1.1 Das Ausgangsproblem des Projektes

Die Anlaufstelle für interkulturelle Konflikte und Gewalt (SOS-Tikk) entstand 1995 zuerst als 5jähriges, wissenschaftlich ausgewertetes Pilotprojekt der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft. Ab 2000 verfolgt sie das Ziel einer möglichst hohen Eigenwirtschaftlichkeit, die auch zu einer Verselbstständigung und Institutionalisierung führen soll.

Das SOS-Tikk-Projekt entstand unter dem Eindruck, dass die Schweiz über das gelungene, multikulturelle Zusammenleben von vier Sprachgruppen stolz sein kann, sich jedoch seit 1960 aufgrund der zunehmenden Spannungen zwischen neu Zugewanderten und Einheimischen schwertut. So kann angesichts zunehmender Fremdenfeindlichkeit, interethnischer Konflikte, rassistischer Übergriffe und Gewalt nicht mehr unesehen davon ausgegangen werden, dass die Frage des Zusammenlebens von Menschen verschiedenster nationaler, ethnischer und religiöser Herkunft im öffentlichen Bereich zufriedenstellend gelöst ist oder sich "von selbst" löst. Zudem wird von politischer wie wissenschaftlicher Seite immer wieder darauf hingewiesen, dass die ethnisch-nationalen Konflikte die innergesellschaftlichen und transnationalen Konflikt-formen der Zukunft sein werden (z.B. Imhof 1994, Wicker 1998). Im Unterschied zu den klassischen *Interessen- bzw. Verteilungskonflikten* mit Kompromissmöglichkeiten zwischen Rechts und Links, denen das Prinzip von "Mehr-oder-Weniger" zu Grunde liegt, funktionieren politisierte, ethnische *Wert- und Normenkonflikte* nach dem Prinzip des kompromisslosen "Alles-oder-Nichts" oder des "Für-oder-gegen-uns". Das schliesst nicht aus, dass die klassischen Verteilungskonflikte weiterbestehen, sich mit Wertkonflikten vermengen und zu kollektivierten, partisanenähnlichen *Identitätskonflikten* werden. Wert- und Identitätskonflikte schliessen im Extremfall jede Art von fairem, politisch-demokratischem Kompromiss aus, weil jedes Nachgeben das Selbst- und Weltbild der Konfliktbeteiligten berührt und bedroht, was auch Mediation schwierig macht. Deshalb ist es äusserst wichtig, ein als interkulturell oder ethnisch definierter Konflikt sehr genau auf seine verschiedenen Dimensionen hin zu analysieren.

1.2 Wie kommt es zu einem Tikk-Projekt?

Das Tikk arbeitet im öffentlichen Raum, d.h. mit den Einwohnern und BürgerInnen eines bestimmten Gemeinwesens der deutschen Schweiz und den dort tätigen AkteurInnen der Politik, Schule, Freizeit, Wirtschaft, der Ausländervereinigungen, ferner des Sozial- und Polizeiwesens. Es versteht sich als flexible, niederschwellige Anlaufstelle, deren MitarbeiterInnen sich *am Ort des Geschehens engagieren*. In der Konzeption ist auch *aufsuchende Arbeit* vorgesehen, sofern man beispielsweise aufgrund einer Zeitungsmeldung zum Schluss kommt, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Die typischen Tikk-Fälle sind *Vorkommnisse in einem sozialen "Niemandland"*: obwohl viele MitbürgerInnen, behördliche, fachliche oder politische Akteure von einem schwelenden oder offenen interethnischen Konflikt wissen, betrachtet sich niemand dafür zuständig, da er nicht in den jeweiligen (Kern)Funktions- oder Kompetenzbereich fällt und man sich damit – aufgrund der allgemeinen Stimmungslage gegenüber



Ausländern – die Hände nicht verbrennen will. So wandert die allen unangenehme Angelegenheit von einer privaten oder öffentlichen "Hand" zur anderen. Oder man hofft, dass sie sich von selbst erledigt. Ist dies nicht der Fall, schleicht man sich so gut es geht zur Hintertüre aus dem Konfliktfeld, bis "etwas" passiert, das nicht mehr übersehen und überhört werden kann, beispielsweise weil massive Drohungen ausgestossen werden oder die Zeitungen über ein Gewaltereignis im Stadtteil berichten. Dies kann dann der Anlass sein, das TikK einzuschalten.

1.3 Nicht jeder interkulturelle Konflikt ist ein interkultureller Konflikt

Sobald Einheimische und MigrantInnen in einem Konflikt verwickelt sind, wird geradezu automatisch davon ausgegangen, dass es sich um einen "Mentalitäten-" oder Kulturkonflikt handelt. Das ist oft ein Trugschluss und führt zu unangemessenen Problemlösungen. So lassen sich aufgrund einer differenzierten Analyse in solchen Konflikten in der Regel folgende Dimensionen unterscheiden:

- a) sogenannt "klassische" *interkulturell-ideelle Verständigungs- und Wertkonflikte* (d.h. interkulturelle Konflikte im engen Sinn, u.a. über die Interpretation der Welt, Natur, Mitmenschen, Gesellschaft, der eigenen Situation und Probleme);
- b) *Verhaltenskonflikte* (d.h. abweichendes Verhalten als Verletzung von Normen, Gesetzen und zwar seitens der Zugewanderten wie der Einheimischen – bis hin zur direkten Gewaltanwendung);
- c) *Knappheits- oder Interessenkonflikte* (aufgrund fehlender Ressourcen zur Befriedigung zentraler menschlicher Bedürfnisse, insbesondere fehlende Schul-/ Ausbildungs-, Arbeitsplätze, fehlender Wohnraum, erschwingliche Freizeiteinrichtungen, -vergnügungen und Freizeitver-bringungsräume usw.);
- d) *Mitgliedschafts- bzw. Ausschlusskonflikte* (z.B. Ausschluss aus dem Schulsystem, aus Freizeiteinrichtungen; Einbürgerungskonflikte; fehlender Zugang zu schweizerischen Organisationen, Vereinigungen, zum politischen System u.a.).

Dabei kann es zu einer gegenseitigen Verstärkung dieser Konflikttypen kommen. Dass Toleranzappelle hier auf taube Ohren stossen müssen, dürfte einsichtig sein; sie sind meistens ein Zeichen von Ohnmacht und Hilflosigkeit. Denn spätestens bei Knappheitskonflikten, die eine sozial- bzw. verteilungspolitische Dimension aufweisen, brechen erlernte Toleranzeinstellungen in der Regel zusammen. Die Unterscheidung von Konfliktformen ist auch deshalb sinnvoll, weil jede dieser Dimensionen mit je besonderen *Arbeitsweisen bzw. Methoden* angegangen werden muss:

- a) bei Kulturkonflikten geht es *schwerpunktmässig* um die *Gestaltung interkultureller Begegnungs-, Übersetzungs- und Verständigungsprozesse*,
- b) bei Verhaltenskonflikten um die *Anwendung und Durchsetzung legitimer Gesetze* oder/und die *Aushandlung und Durchsetzung gegenseitig akzeptierter Vereinbarungen und Regeln*,



c) bei Konflikten um begehrte, knappe Güter geht es um die *Erschliessung von Ressourcen*, sei es über die ethnisch-nationale Gruppe selbst, das Gemeinwesen, die Sozialhilfe als letztes Netz, sei es über *Sozial-, Migrations-, Flüchtlingspolitik* und die dazugehörige Öffentlichkeitsarbeit,

d) bei Mitgliedschaftskonflikten geht es schliesslich um *Interaktionsplanung/soziale Vernetzung, die Bewusstmachung diskriminierender Normen sowie von willkürlichen Praktiken von Organisationen, sozialkulturellen Einrichtungen* sowie um Fragen einer *fairen Einbürgerungspolitik*.

In der Regel kommen in jeder Konfliktsituation verschiedene, miteinander kombinierte Arbeitsweisen – miteingeschlossen *Ermächtigungsprozesse* und *Prozesse der Machtbegrenzung* – zur Anwendung. In jedem Fall geht es um massgeschneiderte Problemlösungen.

Das Fall- bzw. Projektspektrum des TikK sieht folgendermassen aus: Gewalt zwischen – meist jugendlichen – ethnischen Gruppen, Morddrohungen, Tötungs- und Morddelikte; Ausschluss von ausländischen Jugendlichen aus dem Bildungssystem oder aus der Lehre und damit verbundene Erwerbslosigkeit und Bandenbildung; Vandalismus, Kampf um Räume und faire soziale Regeln, Bedrohung von Jugendsozialarbeitern in Freizeit- und Jugendtreffs; Missgunst der Einheimischen gegenüber Ausländern, Asylbewerbern, die das Sozialhilfe- und Gesundheitssystem belasten; Rassismuvorwürfe von Bahnkunden gegenüber dem Bahnpersonal; Stigmatisierung und Hilflosigkeit der Eltern von Jugendlichen, die Mitglied der Skinhead- oder Rechtsextremismusszene sind – dies vor allem in kleinen Gemeinden; polizeiliche Übergriffe im Umgang mit AusländerInnen; Verweigerung von Einbürgerungen, obwohl die formellen Bedingungen dafür erfüllt sind usw.

1.4 Einige Grundprinzipien der TikK-Arbeit

Als erstes wäre festzuhalten, dass das TikK aufgrund *eines professionell definierten, zunächst also selbstbestimmten Auftrages* arbeitet und sich so eine relative Unabhängigkeit von einem *bestimmten* Träger mit *besonderen* Interessen bewahren kann. Diese Unabhängigkeit wird denn auch aufgrund der Aussagen von befragten Projektbeteiligten im Evaluationsbericht sehr deutlich bestätigt und als zentrale, positive Voraussetzung des Beratungsprozesses gewertet. Im weiteren arbeitet es nach folgenden Prinzipien:

a) Es besteht auf einer interkulturellen und gemischtgeschlechtlichen Zusammensetzung des Teams sowie der MitarbeiterInnen auf Honorarbasis, zum einen, um auch im eigenen Arbeitsalltag immer wieder mit interkulturellen Verständigungs- und Übersetzungsfragen konfrontiert zu sein, zum andern, um den Betroffenen, den Auftraggebern zu signalisieren, dass sich interkulturelle Konflikte nur partizipativ mit den MigrantInnen zusammen – und nicht für sie – lösen lassen.

b) Jeder Einsatz beginnt mit Abklärungsgesprächen vor Ort, einer kürzeren oder längeren, prozessbezogenen Situations- und Problemanalyse sowie der Beantwortung der Frage, ob "von oben", zum Beispiel aus einer



Behörden- oder Vorstandsperspektive oder "von unten", von der "Basis" her oder auch kombiniert vorgegangen werden soll. In allen Fällen holt es sich die Zustimmung für seine Arbeit.

c) Je nach Partner kommt es nach der Abklärungsphase zu einer mündlichen oder schriftlichen Vereinbarung darüber, wer aus dem Gemeinwesen in den Problemlösungsprozess mit einbezogen, was erreicht werden soll und welche Leistungen zu bezahlen sind.

d) Die Projektarbeit wird sorgfältig dokumentiert. Während der 5jährigen Pilotphase wurde sie im Hinblick auf die Angemessenheit des methodischen Vorgehens sowie auf die Beurteilung der erzielten Wirkungen aus der Sicht der Projektbeteiligten wissenschaftlich evaluiert.

Es gibt also kein standardisiertes Beratungs-, Mediations- oder Bildungsangebot. Aufgrund der differenzierten Dokumentation sowie der wissenschaftlichen Auswertung ist es dem SOS-TiKK aber mehr und mehr möglich, verallgemeinerbare Aspekte und Zusammenhänge aus den Einzelfällen herauszuarbeiten und so praxisnahe *Module zu Schulungs- und Weiterbildungszwecken* herzustellen.

1.5 Interkulturelle Kompetenz - interkulturelle Mediation

In den ersten Jahren der fachlichen Auseinandersetzung mit den Problemen internationaler Migration und deren Folgen ging man davon aus, dass die wichtigste Kompetenz das Verständnis "der anderen, fremden Kultur" sei. Diese Forderung ist schon allein angesichts der heute über 100 ethnischen und nationalen Gruppen, die in den europäischen Ländern leben, so nicht zu erfüllen. Falls sich diese Kompetenz dennoch aufdrängt, müssen interkulturelle Übersetzer aus der jeweiligen "Kultur" beigezogen werden. Die Erfahrungen in der Arbeit im interkulturellen Bereich haben aber gezeigt, dass es im interkulturellen Mediationsprozess vor allem um drei Schlüsselkompetenzen geht (Staub-Bernasconi 1995;303ff, Husband 1999).

1.5.1 Ethnospezifische Kompetenz

Gemeint ist hier die *Aufforderung zur beschreibenden Thematisierung der unterschiedlichen Bedeutung der Familie, des Staates, der Zeit, des Geldes usw.*, aber auch um die Berücksichtigung der Körperhaltung, des Einsatzes von Augenkontakt, des Platzes eines Rituals im Alltag oder im religiösen Leben. Hier wird erzählt, was "bei uns" wie gemacht wird, wie gedacht wird, um gleichzeitig dafür *Respekt und Toleranz zu fordern*.

Dazu kommt die Fähigkeit, *Irritationen zu thematisieren, ohne vor dem möglichen Vorwurf des Rassismus zurückzuschrecken*.

1.5.2 Interkulturelle Kompetenz – Perspektivenwechsel

Gemeint ist hier zunächst die menschliche, genauer: psychische Fähigkeit aller Menschen, sich die Bedingungen und Folgen der eigenen wie anderer gesellschaftlicher Kultur- und Verhaltensmuster, also



Erklärungen für das "so Gewordene" vorstellen zu können: Was waren und sind die Gründe für ein bestimmtes Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft, Mann und Frau, Eltern und Kinder, theokratischem oder säkularem Staatsverständnis? Diese Fähigkeit ist auch dann in Ansätzen vorhanden, wenn sie nicht erlernt und genutzt wird.

Die wichtigsten Denk- und Gesprächsanweisungen sind hier folgende:

a) die Suche nach dem vergleichbaren – analogen – Beispiel in der je eigenen Kultur, ergänzt durch die Suche nach möglichen Erklärungen (vgl. hierzu Holenstein 1998:288ff);

b) Die Umwandlung konfliktiver kultureller Inhalte in die ihnen zugrundeliegenden Dilemmatas, so dass für ihre Lösung neue Alternativen denk- und praktizierbar werden.

Produkt solcher Erkenntnisprozesse ist *Bewusstheit sowohl über die kulturellen Traditionen und Kulturmuster* einer modernen, (post-)industriellen Gesellschaft und ihren familienbezogenen, schulischen, wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen *als auch über die vergleichbaren Kulturmuster von Agrar- und modernisierenden Gesellschaften im Rahmen einer sich formierenden Weltgesellschaft* (z.B. Sassen 1997). Dazu gehört auch Wissen über die psychischen, sozialen und kulturellen Bedingungen und Folgen der Migrations-, Asyl- und Einbürgerungspolitik des eigenen Landes, ferner Europas – miteingeschlossen ihrer politischen, ideologischen und fachlichen Untermauerung – und zwar für Einheimische wie Zugewanderte.

1.5.3 Transkulturelle Kompetenz und Kompromissuche

Es handelt sich hier um eine *allgemeine, transkulturelle kommunikative* Kompetenz als polyvalente Fähigkeit, mit Irritationen, Fremdheit und Angst, Mehrdeutigkeiten, Dilemmatas und Widersprüchen in unbekanntem Situationen umzugehen und zwar unabhängig von den spezifischen (sub)kulturellen Inhalten. Im genaueren handelt es sich um

a) *affektive Empathie*, die sich dem anderen auch in schwierigen Situationen nicht verschliesst und nicht defensiv auf die eigene Kultur zurückgreift;

b) *kognitive Offenheit*, die es erlaubt, sich auf neue Erfahrungen und Interpretationen/Erklärungen einzulassen, ohne dass man diese sogleich auf die eigenen, bekannten und bequemen Denkmuster reduziert;

c) *normative Offenheit* als Suche nach einem dritten, übergreifenden Bezugspunkt und Maßstab zur Beurteilung der Legitimität von Interessenlagen sowie Wert- wie Normenstrukturen. Beispiele dafür sind:

- allen Menschen gemeinsame Bedürfnisse;
- allen Menschen gemeinsame psychische Fähigkeiten der Informationsverarbeitung;



- der universelle Teil der Menschenrechte;
- der Rückbezug auf Probleme, die alle Gesellschaften lösen müssen und die damit verknüpften Dilemmatas: so das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft und die dabei entstandenen menschengerechten oder menschenverachtenden Regeln des familiären wie ausserfamiliären Zusammenlebens; das Verhältnis zwischen den Geschlechtern, den Altersgruppen; der Umgang mit unterschiedlich knappen Ressourcen sowie die Produktion von Gütern; die Frage, was wem aufgrund welcher Kriterien zusteht; die Bewältigung von sozialer und psychischer Unsicherheit; der Umgang mit Zeit und Raum usw. (vgl. z.B. Hofstede 1997);

d) *Fähigkeit, aufgrund dieses dritten Bezugspunktes in einem Konflikt nach möglichen Kompromissen zu suchen, welche die Denk- und Verhaltensweisen sowie die dazugehörigen Werte und Normen erweitern, anstatt zu polarisieren.*

Eine zentrale Voraussetzung für faire Kompromisse ist allerdings ein relatives Machtgleichgewicht zwischen den Konfliktbeteiligten. Ist dies nicht der Fall oder/und liegen Machtwillkür, Unterdrückung, Rechtsbeugung, Rassismus oder krasse Benachteiligung vor, muss das Problem der ungleich verteilten Macht behandelt werden. Zusammenfassend betrachtet geht es um die gekonnte Gestaltung aktueller, sozialer (Lern)Situationen und Kontexte, die mehrdeutig, ungewohnt, irritierend oder sehr frustrierend und aggressionsfördernd – aber bei geglückter Kommunikation und fairem Kompromiss – auch sehr bereichernd sein können.

1.6 Was sind die Erfolgskriterien für ein Projekt?

Je mehr Personen, Gremien, Instanzen, Gruppen mit einem Konflikt oder Gewaltereignis zu tun haben, umso länger dauert der Lernprozess und die erforderliche Institutionalisierung von Umgangsregeln. Dieser dauert in der Regel mindestens ein, mehrheitlich jedoch zwei Jahre. Wer unter Leistungsdruck schnelle Lösungen produziert, die im allgemeinen Trend der Effizienzsteigerung liegen, kann sich nur dann als erfolgreich betrachten, falls nach einer punktuellen Intervention nicht mehr nachgefragt wird, was daraus geworden ist. Ein Konflikt ist dann optimal gelöst, wenn sich

- das Klima der Feindseligkeit und Polarisierung,
- die blockierten Kommunikationswege, das Konfliktverhalten,
- die dazugehörigen Normen und Werte in Richtung einer
- fairen, für alle Parteien und Individuen akzeptablen Konfliktlösung verändert haben.

Es ist allerdings realistisch, auch "sub-optimale" Lösungen zu akzeptieren, die sogar nur eines der Kriterien erfüllen. Die individuelle Verarbeitung erlittener Gewalt dauert hingegen Jahre, meistens bis zum Lebensende und gehört entsprechend in die Hand anderer Fachkräfte.



1.7 Mediation und Demokratie

Ein interkultureller Konflikt kann auf dem Erfahrungshintergrund des TikK nicht mehr (nur) als gesellschaftliche Anormalität, als struktur- bzw. stabilitätsbedrohendes Warnsignal betrachtet werden. Er kann auch Ausdruck und Folge stabiler, unbeweglicher sozialer Strukturen sein, die keine Konflikte zulassen können. Die positive Variante eines Konfliktes ist dann vorhanden, wenn der Konflikt zugelassen, benannt wird und dazu führt, sich über den Übereinstimmungsgrad in Bezug auf Werte, Ziele und Normen trotz konfligierender Perspektiven und Interessen bewusst zu werden und diesen zu bekräftigen oder umgekehrt: wenn Klarheit über das Ausmass des Dissenses gewonnen wird. Um diese positive Seite der Konfliktaustragung zu ermöglichen, sind verschiedene Wege und Verfahren der Konfliktbehandlung notwendig, von denen wir einige in diesem Beitrag vorgestellt haben. Man kann sie auch unter dem in vielen gesellschaftlichen Bereichen eingeführten Begriff der Mediation zusammenfassen (vgl. hierzu den Bericht zum Theorie-Praxis-Seminar über Mediation, 2000).

Auf diesem Hintergrund umfasst Mediation aber nicht nur eine jederzeit, überall und für viele Konflikte anwendbare *Technik oder Methode* des fairen Interessenausgleiches, die ohne gerichtliche Beweisführung und Verfahren auskommt. Diese Technik ist heute zunehmend in eine politische Kultur und Sozialstruktur eingebettet, die dem Kompromiss erst seinen Stellenwert und Sinn gibt. Die in Entstehung begriffene Kultur des Kompromisses (vgl. hierzu ausführlich Greiffenhagen 1999) verändert offenbar auch das Verständnis eines Kompromisses: Ihm galt und gilt teilweise immer noch Verachtung, sofern er als Eingeständnis von Schwäche, als Mangel an theoretischer, politischer und moralischer Prinzipientreue oder gar als Aufgabe von absoluten Wahrheitsansprüchen und unaufgebbaren Werten wahrgenommen wird. Das heisst,

- dass es in einem Konflikt immer um Sieg oder Niederlage geht,
- dass nur Entscheidung und Entschlossenheit, anstatt Ambivalenz und Haarspaltereien zum Erfolg führen,
- dass Gegensatz, Differenz und Kampf höhere Werte sind als Übereinstimmung und Vermittlung,
- dass man auch auf verlorenem Posten bis zum Letzten, zum bitteren Ende zu kämpfen hat, und schliesslich
- dass eskalierende Konflikte durch den starken Mann oder mit Macht ausgestatteten Berater, den Aufräumer, unter Inkaufnahme von Opfern und mehr oder weniger grossen Kosten zu lösen sind.

Das neue, sich anbahnende Kompromissverständnis nutzt den Kompromiss nicht als mögliche Einzelstrategie zur Lösung einzelner Konflikte, sondern wird zur Chance einer neuen Form der sozialen wie kulturellen Selbst- und Fremderfahrung (vgl. das Beispiel "Quartierforum"). Was sind unter dieser Prämisse die Bedingungen für gelingende Kompromisslösungen? Es sind dies u.a. (Greiffenhagen 1999, S. 196ff.):

- die Anerkennung der berechtigten Interessen des anderen und die Notwendigkeit der Suche nach einer Lösung, die den Nöten beider Seiten gerecht wird,
- die Suche nach einem übergeordneten Dritten (menschliche Bedürfnisse, Menschenrechte, partizipative Verfahren), auf das sich jede Konfliktpartei berufen kann,
- die prinzipielle Bereitschaft zu Zugeständnissen, sofern keine Lösung gefunden werden kann, welche die volle Berücksichtigung aller Interessen und Wertorientierungen ermöglicht,



- die Vorstellung, dass Feinde zu Gegnern und Gegner zu (Kooperations)PartnerInnen werden können: Feindschaft erlaubt nur kurzfristige, taktische Kompromisse, deren Ein-haltung höchst unsicher ist und von Misstrauen begleitet bleibt; Gegnerschaft ermöglicht immerhin meistens zäh ausgehandelte Zielvorstellungen auf der Basis längerfristiger Zeithorizonte und Verlässlichkeiten bei Kommunikationsprozessen. Vertrauen und damit Partnerschaft kann auf der Basis der Beobachtung des Verhaltens des Gegners entstehen: hier darf davon ausgegangen werden, dass man sich an die ausgehandelten Ziele und Verhaltensnormen halten wird. (Greiffenhagen 1999, S. 198)

All diese Prozesse sind höchst voraussetzungsvoll. Das heisst, dass angesichts der Vielschichtigkeit heutiger Konflikt(regelungs)situationen der gute Wille allein, zusammensitzen und sich auszusprechen oft nicht mehr genügt. Dies zeigen auch die beiden Beispiele. Durch die *Einführung eines Dritten als Ratgeber, Mediator oder unabhängiger Schiedsrichter entstehen neue Optionen und Dynamiken*. Und dies erhöht die Chancen zur Auflösung oder Verhinderung von Verhärtungen wie weitergehender Eskalation. Es können Vorschläge für die Erprobung neuer Organisationsformen, die Planung gemeinsamer Projekte eingebracht werden, die den Konflikt *nicht auf der Wert-, sondern auf der Verhaltensebene angehen*. Es kann darüber gewacht werden, dass alle an einem Kompromiss Beteiligten im Vergleich zur früheren Situation eine Verbesserung erfahren. Zudem: Ein Kompromissvorschlag wird viel misstrauischer betrachtet, wenn er vom Gegner kommt, als wenn er von einem neutralen Dritten stammt. Kompromisse sind am leichtesten zu erzielen, wenn das Streitobjekt teilbar ist. Wenn es nicht teilbar ist, bedarf es sozialer Fantasie, um den Verzicht auszugleichen und einen Ersatz für das unteilbare Streitobjekt zu finden (op.cit. S. 205). Und schliesslich wird ein aussenstehender "Dritter" die Institutionalisierung von Regeln vorantreiben wollen. Dies ist besonders bei Konflikten notwendig, bei denen man eine Wiederkehr befürchten muss. Die institutionalisierten – je nachdem schriftlich niedergelegten Regeln werden so zu Handlungs-anweisungen zur Krisenintervention, auf die sich nun alle berufen können. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Regeln keine der Parteien begünstigen. Zugleich muss genügend Spielraum zu ihrer Veränderung bestehen.

1.8 Ausblick

Von zentraler Bedeutung ist, dass der Kompromiss als gewaltfreie Konfliktlösung nicht eine westliche Erfindung zur Kolonisierung und Disziplinierung von Fremden und Missliebigen, sondern eine der grossen sozialen Erfindungen der Menschheit ist, die von den ersten Anfängen der Menschheit auf Familienbasis über Gesellschaften ohne Staat bis hin zu den gegenwärtigen Formen sozialer, freiheitlich-partizipativer Konfliktaustragung in einem demokratisierten Alltag reichen (Simmel 1908, in Greiffenhagen 1999, S. 209ff.). Seine Grundlage ist eine sozial tief verankerte Reziprozitätsnorm, die von der Vorstellung lebt, dass nicht Macht und Gewalt, sondern ausgehandelte konsensuale Regeln, je nachdem unterstützt durch eine Mediations- und Schiedsrichterfunktion, Recht schaffen.



Der Kompromiss findet allerdings genau dort seine Grenze, wo das soziale Arrangement und die ausgehandelten Regeln eine Partei begünstigen oder benachteiligen, wo es um Sieg oder Niederlage, um aktive Ausgrenzung, Entwertung und Auslöschung des Fremden - kurz, um reine Machtausübung geht. Dieser Problembereich ist und bleibt die Aufgabe sowohl eines funktionierenden, menschen- bzw. sozialrechtlich begründeten Verfassungsstaates als auch einer sich entwickelnden inter- und transnationalen Rechtsprechung, die nicht mehr nur auf Freiwilligkeit und zivile Kompromissbereitschaft abstellt, sondern auch legitime Erzwingungsmöglichkeiten vorsieht (Staub-Bernasconi 1995).

2. Eskalation im Jugendhaus – erfolgreiche Mediation und ihre Grenzen

2.1 Hausverbot im Jugendhaus als Problemverlagerung

In einer kleinstädtischen Gemeinde mit einem Anteil von rund 20 % an zugewanderter Bevölkerung gibt es ein Jugendhaus, das seit einiger Zeit nur noch von ausländischen Jugendlichen besucht wird. Da es unter den Jugendlichen in der Vergangenheit zu etlichen Gewalttätigkeiten gekommen ist, bleiben vor allem einheimische Jugendliche aus Angst dem Jugendhaus zunehmend fern. Unter anderem sind auch Mädchen belästigt und Mobiliar beschädigt worden. Allgemein halten sich einige überwiegend albanische Jugendliche an keinerlei Hausregeln mehr; jede/r macht, was ihr/ihm passt. Die Interventionen der Jugendarbeiter/innen führen zu keiner Verbesserung der Situation; das friedliche Neben- und Miteinander von Jugendlichen verschiedener Herkunft erscheint unmöglich. Nachdem es auch noch zu massiven Auseinandersetzungen zwischen den Jugendarbeiter/innen und albanischen Jugendlichen kommt, entscheiden sich die Behörden und Jugendarbeiter/innen, das Jugendhaus vorübergehend zu schliessen.

Nach 6 Monaten wird das Jugendhaus wieder geöffnet. Gegenüber den albanischen Jugendlichen werden Sanktionen ergriffen: ein generelles "Hausverbot" wird ausgesprochen. Obwohl nur einige an der Auseinandersetzung beteiligt gewesen sind, werden die albanischen Jugendlichen kollektiv bestraft. In der Folge verlagern sich die Konflikte in den öffentlichen Raum. Die Jugendlichen halten sich nun vor einem grossen Einkaufszentrum, am Bahnhof und im Stadtpark auf. Nun sind es die Anwohner, die sich beschweren. Auch die Kunden des Einkaufszentrums fühlen sich belästigt; der Geschäftsführer beklagt sich, weil einige Kunden gedroht haben, anderswo einzukaufen.

Die männlichen Jugendlichen treten meistens gruppenweise in Erscheinung. Sie werden als aggressiv und einschüchternd wahrgenommen und verdrängen nun andere Jugendliche aus dem öffentlichen Raum. Die Behörden und Politiker/innen geraten angesichts dieser eskalierenden Situation immer mehr unter Druck, da die einheimische Bevölkerung harte Massnahmen fordert. In der Folge wird das "Team für interkulturelle Konflikte und Gewalt" ("Tikk") kontaktiert.



2.2 Der Einstieg des TikK - Ausschliessen ist keine Lösung

Wir nehmen die Konfliktschilderung entgegen und fragen nach den Beteiligten, dem Verlauf und der Dauer des Konflikts sowie nach weiteren wichtigen Aspekten des Problems. Die Kontaktaufnahme mit dem Jugendhausleiter und den Mitarbeiter/innen gestaltet sich sehr mühsam. Wir gewinnen den Eindruck, dass wir einerseits fürs Krisenmanagement willkommen sind, man aber das ganze Problem der Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen am liebsten an uns delegieren und vor allem mit *albanischen* Jugendlichen gar nichts mehr zu tun haben möchte. Wir versuchen, aufzuzeigen, dass eine Kollektivstrafe genau das verstärkt, was Probleme macht, nämlich Wut, Ressentiments und Gewaltbereitschaft auch derjenigen, die "nicht dabei" waren und dadurch - aus Loyalitätsgründen gegenüber den eigenen Landsleuten - ein noch engerer Zusammenschluss der Gruppe. So wird in einem ersten Schritt der Entschluss gefasst, das "Hausverbot" aufzuheben. Die Mitarbeiter/innen realisieren, dass es keine Lösung ist, die Jugendlichen einfach auszuschliessen. Man einigt sich, dass das TikK stattdessen eine Vermittlerrolle übernehmen soll. Im Rahmen dieses Prozesses soll herausgefunden werden, wie mit albanischen Jugendlichen, u.a. unter Einbezug ihrer Familien, der Schule und sich als zuständig betrachtenden PolitikerInnen ein konstruktiver Umgang gefunden werden kann.

Dies ist denn auch im wesentlichen der Inhalt des Projektvorschlages, der den Gemeindebehörden, die als wichtige Partner in das Projekt einbezogen werden sollen, unterbreitet wird. Wir schlugen folgende drei Phasen vor:

Phase 1: Auftragsklärung, erste Zielformulierung

Phase 2: Sammlung aktueller Themen, konkrete Zielsetzungen

Phase 3: Formulierung und praktische Umsetzung von Handlungsansätzen

Als Antwort auf diesen Projektvorschlag ist eine Arbeitsgruppe mit verschiedenen Vertreter/innen der reformierten und katholischen Kirche, einer Stadträtin, einem Vertreter der Schule, dem Leiter des Jugendhauses sowie mit Vertretern der ausländischen (insbesondere auch albanischen) Bevölkerung gebildet worden.

2.3 Problemstellungen aus der Sicht der Arbeitsgruppen-Mitglieder

Es ist äusserst wichtig, die unterschiedlichen Situations- und Problemperspektiven der am Projekt Beteiligten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Vertreter der *katholischen und reformierten Kirche* erachten die *fehlende Integration* der albanischen Bevölkerung als problemverschärfend. Die Stadt müsste ihrer Ansicht nach um eine bessere gesellschaftliche Partizipation bemüht sein. Auf Seite der einheimischen sowie der albanischen Bevölkerung bestünden *gegenseitige Vorurteile*. Das Fremde mache Angst; Schweizer/innen reagierten auf negative Vorkommnisse, in die Albaner/innen verwickelt seien, mit Recht empfindlich. *Seitens der Behörden und sozialen Einrichtungen* würden mangels albanischer Gesprächspartner/innen nur *eingeschränkte Verständigungs- und Handlungsmöglichkeiten* bestehen.



Aus der Sicht des *Jugendhaus-Leiters* nehmen albanische Jugendliche immer wieder *Räume des Jugendhauses für sich alleine in Anspruch*. Generell würden sie sich sehr *aggressiv* und auffällig verhalten; auch könnten sie *nicht zwischen "dein und mein" unterscheiden*. Überdies verunsichere, dass diese Jugendlichen in Konfliktsituationen *stets als Gruppe* in Erscheinung treten. Auf *Elternseite sei kein Interesse an einer Zusammenarbeit* festzustellen – dies trotz entsprechender Bestrebungen des Leiters. Offenbar würden sich die Eltern nicht dafür interessieren, wie ihre Kinder die Freizeit verbringen. Auch *mit anderen Einrichtungen* wie zum Beispiel der Schule oder spezialisierten Beratungsstellen finde *kein Austausch* statt; es herrsche anscheinend die Meinung vor, dass das Jugendhaus alleine für die schwierigen Jugendlichen verantwortlich sei. Die *Vertreter/innen der Schule* weisen darauf hin, dass speziell die albanischen Jugendlichen negativ auffallen. Es komme auch im Schulunterricht zu *aggressivem und gewalttätigem Verhalten*, was in der Regel Disziplinarstrafen zur Folge hat. Die jungen Albaner/innen würden sich *stark von anderen Ethnien abgrenzen*. Untereinander verständige man sich fast ausschliesslich in der Muttersprache. Mit den *Eltern* finde ebenfalls so gut wie *keine Zusammenarbeit* statt. Der albanischen Bevölkerung fehle es an sozialem wie auch institutionellem Kontakt. Die Vernetzung sei mangelhaft; *in der Gemeinde gebe es keine Organisation, an die sich Albaner/innen wenden können*. Generell sei der *Informationsstand*, was soziale Einrichtungen resp. staatliche Unterstützungsangebote angeht, *äusserst schlecht*. Bei Problematiken im Zusammenhang mit ihren Kindern würden sie überdies oftmals gar nicht einbezogen; sondern da werde einfach über sie hinweg entschieden.

Im weiteren würden sich besonders die albanischen Jugendlichen *auf Grund ihres Aussehens und ihrer Herkunft überall ausgegrenzt fühlen*. Auch auf dem *Lehrstellenmarkt* würden sie *diskriminiert*. Die Einheimischen hätten allgemein viele *Vorurteile*. Schweizer Jugendliche wollten mit Albaner/innen nichts zu tun haben. So könnten sie auch im Freizeitbereich nirgends richtig teilhaben.

Die Problemliste ist lang und wiegt schwer. Sie zeigt aber auch, dass richtig wahrgenommen wird, dass "Vorurteile und Gewaltereignisse im Jugendhaus" eng mit anderen Problembereichen zusammenhängen : Dies beginnt beim beid-, ja allseitigen *Informationsdefizit* und den *Vorurteilen* der einheimischen Bevölkerung. Bei einem bestimmten Teil der Bevölkerung liessen sich Vorurteile bereits über bessere Information abbauen; dies geht allerdings nicht, wenn die Vorurteile mit Ängsten um Arbeitsplatz, Bildungsplatz der Kinder, negativen Alltagserfahrungen usw. verknüpft sind. Dadurch wird Fremdenfeindlichkeit zu einem sozial-politischen Problem der aufnehmenden Gesellschaft.

Besonders schwierig ist das ungelöste *strukturelle Lehrstellenproblem*; insofern lässt sich der enge Zusammenschluss dieser albanischen Jugendlichen als Versuch verstehen, eine Art *Not- und Solidargemeinschaft* zu bilden, in welcher interne psychische und gruppendynamische Spannungen möglichst nach aussen verlagert werden. Die *Inbesitznahme eines Jugendhauses* könnte man auch als Versuch sehen, sich zumindest im Freizeitbereich eine *Ersatzressource und gleichzeitig Machtquelle anzueignen*, wenn man schon keinen Zugang zu eigenem Geld für teure Freizeitvergnügen und zur Hauptressource "Lehrstelle" hat. Wir waren allerdings seit Projektbeginn unsicher, ob der Jugendhaus-Leiter diese Überlegungen nachvollziehen



konnte und wollte. Für ihn, der sich als höchst kompetenter Freizeitanimator verstand, schien dieser Konflikt mit einer tiefen persönlichen Kränkung verbunden zu sein.

Die Klagen über nicht kooperative ausländische Eltern sind weit verbreitet und lassen auf Unkenntnis darüber schliessen, welches die Kanäle sind, um mit einer ethnischen Gruppe Kontakt aufzunehmen.

2.4 Arbeitsschwerpunkte der Arbeitsgruppe

Womit soll aufgrund dieser langen Liste und Analyse begonnen werden? Wer soll, abgesehen von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, in den konkreten Lösungsprozess einbezogen werden? Aber vor allem: Wie lässt sich vermeiden, dass in der Arbeitsgruppe "über" die albanische Bevölkerung und ihre Jugendlichen gesprochen wird, ohne dass man realisiert, dass man schweizerischerseits nicht nur Teil der Lösung, sondern auch Teil des Problems ist? Aus dieser Einsicht ergaben sich zwei Arbeitsschwerpunkte: Kontaktaufnahme sowohl mit der albanischen Bevölkerung als auch mit den sich auf der Strasse befindenden Jugendlichen. Beides kann als *aufsuchende (Sozial)Arbeit* bezeichnet werden. Erstere sei hier kurz erläutert:

Wie Lehrer/innen und Soziantätige übereinstimmend berichten, nehmen ausländische Eltern selten an Veranstaltungen von Schule, Jugendtreff und anderen sozialen Institutionen teil – dies, obwohl man sich - wie betont wird - sehr bemüht hat. Meistens reduzieren sich diese Bemühungen auf ein bis zwei schriftliche Einladungen. Dieses Vorgehen muss deshalb scheitern, weil viele MigrantInnen der ersten Generation die deutsche Sprache nicht beherrschen und vor allem nicht mit den Gepflogenheiten eines Schriftverkehrs vertraut sind. Das TikK kontaktiert Migrant/innen immer mündlich. Mit Eltern nehmen wir beispielsweise zunächst telefonisch Kontakt auf – wenn nötig auch unter Beizug eines Dolmetschers. Dies macht Sinn, weil für die Übersetzung von Korrespondenzen häufig die Kinder herangezogen wer-den; weitergegeben wird dann nur, was beliebt. Und dies gilt natürlich ganz besonders bei "Vorladungen", die im Zusammenhang mit ihren Untaten stehen könnten. Wir empfehlen auch, wenn immer möglich Hausbesuche abzustatten. Auf keine andere Weise kann - im Rahmen einer immer noch stark an einer selbstverständlichen Gastfreundlichkeit orientierten Kultur – Vertrauen als Basis einer weiteren Zusammenarbeit besser hergestellt werden. Des weiteren ist es oftmals ratsam, sogenannte "Schlüsselpersonen", d.h. innerhalb der ethnischen Gruppe anerkannte, angesehene Autoritätspersonen, für die Mitarbeit zu gewinnen. Diese können weitere Migrant/innen zur Teilnahme motivieren. Die Erfahrungen des TikK zeigen, dass Exponenten solcher Bevölkerungsgruppen bei gezielter Anfrage durchaus an einer Zusammenarbeit interessiert sind.

In unserem konkreten Fall hat sich eine albanische Persönlichkeit, die einem Arbeitsgruppen-Mitglied persönlich bekannt war, zur Mitarbeit und zur Herstellung der notwendigen Kontakte bereit erklärt.

In Bezug auf die albanischen Jugendlichen war Folgendes vorgesehen:

- Erarbeiten einer Übersicht über die besondere Situation der albanischen Jugendlichen
- Erfassen ihrer Bedürfnisse bzw. Wünsche sowie der aktuellen anstehenden Fragen
- Dokumentation von Konfliktfällen



Zur Herstellung eines ersten Informationsflusses sollte aber auch mit den lokalen Behörden und sozialen Einrichtungen Kontakt aufgenommen werden.

Ein besonderes Ziel war die Gründung eines Vereins für Albaner/innen als künftiger Ansprechpartner für das Jugendhausteam, die Behörden, Schulen, soziale Einrichtungen, andere Vereine usw. Denn: Migrant/innen aus dem Kosova organisieren sich in der Schweiz erst seit kurzem. In den 70er und 80er Jahren zunächst als sogenannte Saisoniers auf Zeit emigriert, holten sie nach Ausbruch des Krieges auch ihre Frauen und Kinder in die Schweiz. Dies war ausländer- und innenpolitisch so nicht vorgesehen. Die albanische Bevölkerungsgruppe stellt mit ca. 180 000 Personen übrigens die zweitgrösste Ausländer/innen-Population der Schweiz. Die Arbeitsgruppe traf sich zu monatlichen Sitzungen.

2.4.1 Gegenseitige Information und Verständigung zwischen Einheimischen und Zugewanderten

Information der albanischen Bevölkerung

Unter anderem ist eine gut besuchte Veranstaltung für die albanische Bevölkerung in dieser Gemeinde organisiert worden. Ziel war, einen ersten Kontakt zu dieser Bevölkerungsgruppe herzustellen sowie ihre Bedürfnisse und Anliegen aufzunehmen. Die Bereitschaft für eine Zusammenarbeit war sehr gross. Die Eltern stehen, wie sich zeigte, Konfliktsituationen häufig rat- und machtlos gegenüber. Weil sie in vielerlei Hinsicht gar keinen Anschluss an die einheimische Bevölkerung, ihren Organisationen und Einrichtungen haben und so auch nicht lernen können, wie man sich in diesem Bereich bewegt, fehlen ihnen oft die einfachsten konstruktiven Problembewältigungsstrategien. Und wie sollen ihnen dies ihre Jugendlichen nahebringen, wenn auch diese gesellschaftlich nicht integriert sind?

Information der einheimischen Bevölkerung und sozialer Einrichtungen

Im weiteren wurde eine Veranstaltung für die einheimische Bevölkerung und die örtlichen Institutionen durchgeführt. Auch hier galt es zunächst herauszufinden, wo und weshalb die Information stecken bleibt und was ihre Bedürfnisse und Anliegen sind. Es hat sich gezeigt, dass sehr viel migrationsspezifisches Wissen fehlt, was natürlich kulturellen Missverständnissen Vorschub leistet. Von Seiten der Institutionen wird die Zusammenarbeit mit der ausländischen Bevölkerung bemängelt. Viele Anwesende zeigen sich, was den Einbezug von Albaner/innen angeht, sehr skeptisch. Nicht ganz zu unrecht: Nach Erfahrungen des "Tikk" sind gerade Migrant/innen albanischer Herkunft aus (politisch) erklärbaren Gründen gegenüber Institutionen sehr misstrauisch, haben sie diese doch in der Regel eher als hindernd, ja diskriminierend denn als unterstützend erlebt. Überhaupt ist ihnen das schweizerische System engmaschiger Institutionalisierung sehr fremd. So musste in dieser Hinsicht für Verständnis geworben werden, ohne dass aber dadurch das Ziel besserer gegenseitiger Information und Kooperation aufgegeben werden sollte.



2.4.2 Erste Antworten auf die Anliegen der aus dem Jugendhaus verdrängten, befragten Jugendlichen – Bereitstellung einer Infrastruktur

Um die aktuelle Situation der albanischen Jugendlichen in der Gemeinde zu analysieren, hat es das "Tikk" als sinnvoll erachtet, mit der Zielgruppe eine Anzahl Interviews durchzuführen. Letztere sollten der Arbeitsgruppe als Diskussionsgrundlage dienen. Mit den Jugendlichen sind an einschlägigen Orten, also beispielsweise am Bahnhof oder vor dem Einkaufszentrum, Gespräche geführt worden. Wir kamen schnell mit einzelnen Konfliktparteien, d.h. Anwohner/innen, schweizerische Jugendliche und Benutzern von nahegelegenen öffentlichen Räumen ins Gespräch. Auch die albanischen Jugendlichen waren ohne weiteres bereit, Auskunft zu geben, da sie sich mit ihren Anliegen ernstgenommen sahen. Dabei zeigte sich das, was bereits von der Arbeitsgruppe problematisiert wurde: die meisten hatten keine Lehrstelle. Der wichtigste Grund: zum Teil im Rahmen des Familiennachzugs erst mit 14 - 15 Jahren eingereist und deshalb ohne schweizerische Schulausbildung, will sie kein Lehrmeister einstellen. Was bleibt ihnen anderes übrig, sofern sie nicht den ganzen Tag in einer engen Wohnung vor dem Fernseher verbringen wollen, als auf der Strasse Anschluss zu ihresgleichen - gewissermassen zu "Leidensgenossen" - zu suchen?

So wurde aufgrund der Gespräche wie der Auswertung der Interviews klar, dass das Vordringlichste eine Art "Tagesstruktur" war. Diese wurde denn auch über ein von der Gemeinde bewilligtes, erweitertes Angebot an Sportaktivitäten hergestellt. So können sich die Jugendlichen nun beispielsweise unter fachlicher Anleitung neu in Midnight-Basketball und Breakdance betätigen.

Gleichzeitig konnte aber das Lehrstellenproblem nicht übersehen werden. Als erstes wurden die Eltern und Jugendlichen über die Situation auf dem Lehrstellenmarkt informiert. Einige Jugendliche haben an einem Arbeitsbeschäftigungs-Programm teilgenommen. Bereits hier, wo es um Sozialstrukturprobleme geht, zeigen sich die Grenzen eines "Mediationsansatzes". In vielen Bereichen, so im Hinblick auf das Elternhaus, die Gleichaltrigengruppen und die ansässige Bevölkerung, lassen sich blockierte Kommunikationswege öffnen; aber Lehrstellen können dadurch nicht herbeigezaubert werden. Dies müsste ein langfristiges Projekt von Jugendarbeitern in denjenigen Freizeitzentren sein, wo sich diese stellenlosen Jugendlichen aufhalten.

2.4.3 Gründung eines albanisch-schweizerischen Vereins – erste Formen von Integration über soziale Mitgliedschaften

Auf Initiative der Arbeitsgruppe hin ist ein albanisch-schweizerischer Verein gegründet worden. Ziel und Zweck: Verbesserter Kommunikationsfluss, Partizipation und soziale Integration der Albaner/innen in die schweizerische Gesellschaft. Um dies zu erreichen, soll die Zusammenarbeit mit der einheimischen Bevölkerung intensiviert und in der Öffentlichkeit für die Anliegen der albanischen Bevölkerung geworben werden. Des weiteren wird eine Vernetzung des Vereins mit relevanten Institutionen angestrebt. Im Vorstand des Vereins sind auch Schweizer/innen vertreten.



2.5 Situation im Jugendhaus nach einem "gewaltfreien" Jahr

Das TikK wird bei all seinen Aufträgen nicht versprechen können, dass es keine "Rückfälle" in gewalttätiges Verhalten gibt. Es kann nur hoffen und mit einiger Begründung annehmen, dass die Konfliktpartner/innen mehr über die Hintergründe eines Konfliktes wissen, dass die gemeinsam erarbeiteten Regeln trotz Verletzung nach wie vor hochgehalten werden und auch mehr Kompetenzen zu seiner Bewältigung - verteilt auf die verschiedenen Projektpartner - zur Verfügung stehen.

Nach einem Jahr hat es im Jugendhaus erneut gewalttätige Auseinandersetzungen gegeben. Wieder müssen wir den Jugendleiter daran erinnern, dass ein erneutes generelles Hausverbot die Situation nur verschlimmert. Er ist damit einverstanden, dass nur diejenigen Jugendlichen vorübergehend, d.h. mit genauer Angabe der Zeitspanne, ausgeschlossen werden, die sich nicht an die Regeln gehalten haben. Der Grund des Hausverbots muss dabei offen ausgesprochen werden, anstatt dieser unangenehmen Aufgabe auszuweichen. Wir erreichen zudem, dass die ausgeschlossenen Jugendlichen sich bei persönlichen Problemen trotzdem an den Leiter des Jugendhauses wenden können. Im Wochenrhythmus sind mit den jungen Albaner/innen und dem Jugendhaus-Leiter Sitzungen abgehalten worden. Das TikK hat die teilweise heftigen Auseinandersetzungen jeweils moderiert. Daraus sind neue, allseits akzeptierte Regeln für die gemeinsame Nutzung des Jugendhauses hervorgegangen.

Auch die Eltern sind zu einer Sitzung eingeladen worden. Unter anderem haben sie dabei erfahren, weshalb das Jugendhaus gegen ihre Kinder Sanktionen ausgesprochen hat. Der Leiter hat das Hausverbot nach einem Monat wieder aufgehoben. So konnte nach dem einjährigen Lernprozess die Krise relativ gut aufgefangen werden. Aber da war immer noch der Jugendleiter, der ab und zu durchblicken liess, dass er dieses "lästige Albaner-Problem" vom Hals haben möchte.

2.6 Grenzen der Mediation im öffentlichen Raum

Kürzlich gab es einen neuen "Rückfall" in alte Konfliktmuster. Die albanischen Jugendlichen haben wieder ein generelles Hausverbot erhalten. Der Jugendhaus-Leiter gibt nun dem TikK klar zu verstehen, dass er keinerlei Bereitschaft mehr hat, mit albanischen Jugendlichen zu arbeiten. Dazu kommt, dass mittlerweile eine andere, der Ausländer/innen-Integration weniger zugetane Politikerin für das Ressort "Soziales" verantwortlich zeichnet. Offenbar konnte sie der Jugendleiter für seine "Politik der Ausgrenzung" gewinnen. Jedenfalls unterstützen die zuständigen Behörden die erneute kollektive Ausgrenzung der jungen Albaner/innen. Der Leiter des Jugendhauses hat die Entscheidungsmacht klar auf seiner Seite. Der neu gegründete albanische Verein ist noch zu schwach, um in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Jugendhaus als Lobby aufzutreten. Es besteht hier also ein eindeutiges, politisch-strukturell gestütztes Machtungleichgewicht. Für eine erfolgreiche Mediation müsste dieses – zum Beispiel durch einen freiwilligen Machtverzicht der überlegenen Partei, hier des Jugendhaus-Leiters – neutralisiert werden. Hier zeigt sich, dass Mediation ihre klaren Grenzen hat.

Für das TikK heisst dies, dass es trotzdem "am Ball" bleibt und nach neuen Chancen für Lösungen sucht, die nicht nur mit Mediation erreicht werden können. Dies ist auch deshalb notwendig, weil ausgeschlossene



ethnische Gruppen beginnen, sich überregional zu organisieren. Dabei zeigt sich, dass da auch politische Drahtzieher die Hand im Spiel haben. Eine solche Chance ist die kürzliche Kündigung des Jugendhausleiters sowie ein bewilligter Kredit der Gemeinde für die Begleitung der sich im Aufbau befindenden Albanervereinigung durch das TikK. Hier sind die vereinsinternen und -externen Konflikte dadurch vorprogrammiert, dass sich bis jetzt niemand bereit erklärte, ihnen für ihre Zusammenkünfte Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Der Lernprozess kann, ja muss - teilweise mit neuen AkteurInnen – weitergehen. Und vor allem muss nun auch über das Lehrstellenproblem öffentlich debattiert werden.

3. Vom Gewaltereignis zum quartier- und stadtbezogenen Lern- und Handlungsfeld gegen Gewalt

3.1 "Das meistern wir allein" - ein entmutigender erster Anlauf, mit dem Problem fertig zu werden

Es handelt sich um eine Kleinstadt mit ca. 16'000 Einwohnern. Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung ist mit 23% relativ hoch. Die Zahl der Arbeitslosen liegt mit 3% leicht über dem kantonalen Durchschnitt von 2.5%, aber deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt von 3,9%. Zum Zeitpunkt der Projektumsetzung waren Stadtrat und Parlament mehrheitlich bürgerlich ausgerichtet.

Auf die zunehmende bandenmässige Gewalt unter Kindern und Jugendlichen reagierten Schule und Jugendarbeit vermehrt mit Sanktionen und Ausschluss. Dies führte zum bekannten Phänomen der Verlagerung der Konflikte auf öffentliche Plätze, Freizeitanlagen sowie in den von Jugendlichen autonom betriebenen Kulturtreff. Der Stadtrat setzte in der Folge eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertreter/innen der Jugendarbeit, Schule, Verwaltung, Gemeinderat und Jugendanwaltschaft ein, die eine Problemanalyse und Lösungsvorschläge zu erarbeiten hatte. Dabei zeigte sich, dass sie sich weder in Bezug auf die Schwere und Gewichtung noch auf die Erklärung und Bewertung des Gewaltproblems einigen konnte. So blieb unklar, ob die Diskussion um zunehmende Gewalt auf Fakten oder auf - u.a. durch die Medien oder politische Diskurse - ausgelöste Ängste beruhte. So blieb jeder Versuch, konkrete Lösungsansätze zu entwickeln, auf der Strecke. Nach einjähriger Arbeit musste sich die Arbeitsgruppe eingestehen, dass sie kaum Fortschritte erzielt hatte und dadurch die Erfüllung ihres Auftrages in Frage gestellt war. Weil sie aber ihre Bemühungen nicht aufgeben wollte, beantragte sie beim Stadtrat eine externe Fachbegleitung.

3.2 Ein neuer Anlauf mit dem TikK

Mit dem Ziel, eine gemeinsame Sprache zu finden, setzte sich die Arbeitsgruppe unter der Anleitung des TikK nochmals eingehend mit dem Thema "Gewalt und Jugend" auseinander. Um das Problem quantifizieren zu können, erhob die Arbeitsgruppe mittels Fragebogen aktuelle Konflikt- und Gewaltereignisse unter Jugendlichen in der Stadt. Sie stellte dabei fest, dass nicht die Quantität, sondern die Art und Weise der Gewaltanwendungen problematisch ist: Jugendliche haben Messer oder andere Waffen schnell zur Hand und



möchten sich so Respekt verschaffen. Besonders auffällig waren Jugendliche, die von der Schule ausgeschlossen und keine Berufsausbildung hatten. Und diesen wurde ausgerechnet der Zugang zu Einrichtungen der Jugendarbeit verwehrt.

3.2.1 Lernen aufgrund neuer Gewaltereignisse

In der Stadt war bekannt, dass sich eine Arbeitsgruppe mit dem Gewaltthema unter Jugendlichen beschäftigt. So wurde angenommen, dass die Arbeitsgruppe automatisch auch Anlaufstelle für aktuelle Konfliktfälle sei. Demgegenüber verstand die Arbeitsgruppe ihren Auftrag lediglich im Erarbeiten von allgemeinen Massnahmen und Lösungsvorschlägen zuhanden des Stadtrates. Die Diskrepanz zwischen "Innen- und Aussenwahrnehmung" des Auftragsverständnisses wurde erst anlässlich eines Hilferufs der Jugendgruppe des autonomen Kulturzentrums deutlich. Während Veranstaltungen im Kulturzentrum wurde diese mehrere Male gewaltsam von einer mit ihr rivalisierenden Jugendbande angegriffen. Da das Verhältnis der Jugendgruppe zur Polizei aus der Vergangenheit belastet war, glaubten die Jugendlichen des Kulturzentrums, diese würde sie absichtlich nicht schützen. Das TikK beurteilte die Situation als sehr kritisch und intervenierte relativ energisch bei der Arbeitsgruppe, als diese der Ansicht war, sie sei für diesen Konflikt nicht zuständig. Dies führte dazu, dass die Arbeitsgruppe sofort einen "runden Tisch" organisierte, an welchem Vertreter der Polizei, der Betreiber des Kulturzentrums und der Stadtverwaltung teilnahmen. Der Anlass wurde vom TikK moderiert. Es zeigte sich, dass das Verhältnis zwischen den Jugendlichen und der Polizei tatsächlich sehr angespannt war. Die Polizei warf den Jugendlichen vor, sie hätten sich in der Vergangenheit auf unschöne Art und Weise gegen ihre Präsenz auf dem Areal gewehrt. Für sie sei die Polizei offensichtlich nur dann Freund und Helfer, wenn es ihnen gerade passe und sie selber bedroht seien. Umgekehrt warfen die Jugendlichen der Polizei vor, sie habe jeweils absichtlich verzögert auf ihre Notrufe reagiert. Vermutlich hätten sie sogar ihren Spass daran gehabt, wenn andere Jugendliche das Mobiliar im Zentrum zerstört und sie verprügelt hätten. Nach der intensiven, teilweise äusserst heftigen Aussprache konnten eine Gesprächsbereitschaft hergestellt und gemeinsam konkrete Massnahmen beschlossen werden. Dem TikK wurde für die Umsetzung der Massnahmen die Rolle der Mediationsinstanz und Fachberatung zugeteilt. So gelang es, diesen Konflikt in kurzer Zeit für alle Beteiligten in einer guten Art und Weise zu lösen.

Für die Arbeitsgruppe war dies ein grosser Lernerfolg. Einerseits erkannte sie, wie wichtig die Zusammenarbeit verschiedener Instanzen bei Konfliktsituationen im öffentlichen Raum ist und dass die Intervention einer "dritten Instanz" zur Organisation der Zusammenarbeit notwendig sein kann. Andererseits wurde deutlich, dass sowohl in der Interventions- wie auch in der Präventionsarbeit das Augenmerk nicht alleine auf die potentielle Täterschaft zu richten ist. Es müssen alle wichtigen Akteure einbezogen und der Sozialraum mitberücksichtigt werden. Auf diesem Hintergrund entwickelte die Arbeitsgruppe einen Projektvorschlag zur Gewaltprävention im Quartier mit dem Titel "*Quartierforum – im Quartier zusammen sprechen, statt zusammenschlagen*". Der Stadtrat und das Parlament bewilligten die Umsetzung des Projektes und stellten auch die notwendigen finanziellen Mittel dafür bereit. Das TikK wurde mit der fachlichen Begleitung beauftragt.



3.2.2 Die Gründung eines Forums im Quartier mit dem grössten Gewaltpotential

Im Quartier, in welchem am meisten Gewaltereignisse registriert wurden und in welchem der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung überdurchschnittlich hoch ist, wurde ein Quartierforum gegründet, das dreierlei Funktionen übernahm

- Erstens soll es eine Anlaufstelle bei konkreten Gewaltereignissen sein, die von Jugendlichen des Quartiers ausgeübt werden (SOS-Funktion).
- Zweitens sollen neue Konfliktlösungsansätze erprobt werden, die in bestehenden Institutionen Lernprozesse auslösen können.
- Drittens sollen konkrete Massnahmen vorbereitet und durchgeführt werden, die das Zusammenleben im Quartier verbessern.

Im Forum sind verschiedene, im Quartier wohnhafte Bevölkerungsgruppen vertreten. Neben Eltern und Jugendlichen werden auch Ausländervereinigungen, Vertretungen von Institutionen und Schulen miteinbezogen. Die Mitglieder des Quartierforums arbeiten ehrenamtlich. Für Aktivitäten und die Fachberatung werden finanzielle Mittel bereitgestellt. Das (Pilot-)Projekt ist vorerst auf zwei Jahre befristet. Nach dieser Frist wird eine erste Bilanz gezogen und die Frage der Weiterführung des Projektes und allenfalls die Bildung weiterer Foren in anderen Quartieren erwogen.

3.3 Quartierforum: "Im Quartier zusammen sprechen, statt zusammenschlagen"

Grundsätzlich konnte das (Pilot-)Projekt innerhalb von zwei Jahren entsprechend dem vorgeschlagenen Konzept entwickelt und umgesetzt werden. Allerdings mussten wir feststellen, dass es nicht so einfach war, wie wir uns vorgestellt hatten, engagierte Freiwillige zu finden, um in einem öffentlich doch relativ exponierten Forum mitzumachen. Viele trauten es sich nicht zu, anderen fehlte die Zeit. Und vor allem nahm man richtigerweise wahr, dass der durch die Öffentlichkeit erzeugte Erwartungs- und Erfolgsdruck sehr gross war.

Rückblickend lässt sich die Projektentwicklung in drei Phasen aufgliedern:

3.3.1 Die Aufbauphase

In den ersten neun Monaten ging es um den eigentlichen Aufbau des Forums. Einerseits mussten Forumsmitglieder für die ehrenamtliche Tätigkeit gefunden werden. Dabei wurde darauf geachtet, ein zahlenmässig ausgewogenes Verhältnis zwischen SchweizerInnen und AusländerInnen zu erreichen. Andererseits mussten die noch sehr allgemein formulierten Projektziele konkretisiert werden.

Es zeigte sich, dass das "Anwerben" neuer Mitglieder deshalb relativ schwierig war, weil man zum damaligen Zeitpunkt noch über keine Erfahrungen verfügte, die den Sinn eines solchen Projektes hätten belegen können. Die erstmalige Teilnahme an einer Forumssitzung klärte jedoch für die meisten Interessenten diese Frage. Insbesondere die Möglichkeit, in einem guten Gesprächsklima inhaltlich differenziert zusammen mit SchweizerInnen und AusländerInnen Fragen der Gewaltprävention diskutieren zu können, wurde als sehr wertvoll wahrgenommen.



Besonderes Augenmerk wurde auf die *Gesprächskultur* gelegt:

So wurde streng darauf geachtet, dass alle TeilnehmerInnen ihre persönliche Sichtweise zu den zur Diskussion stehenden Problem- und Fragestellungen möglichst gleichwertig und gleichgewichtig in die Runde einbringen könnten. Niemand sollte Angst vor Be- und Verurteilungen haben. Dies erforderte die allseitige Bereitschaft, einander mit Respekt und Geduld zuzuhören. Irritationen sollten nicht aus Angst, beispielsweise als fremdenfeindlich oder gar als rassistisch beschimpft zu werden, weggesteckt, sondern angesprochen und geklärt werden. So wurde ein gegenseitiges Lernen möglich. Insbesondere betraf dies auch Fragen, die sich aus den unterschiedlichen Lebensstilen der Zugewanderten und Einheimischen im Zusammenleben ergeben. Manch vorgefasste stereotype Meinung über die Alltagspraktiken und Verhaltensweisen "der Fremden" wie "der Schweizer" konnte so differenziert und versachlicht werden. Dazu diente beispielsweise ein auf Gegenseitigkeit beruhender Kirchen- bzw. Moscheenbesuch. Dabei wurde immer wieder neu deutlich, dass es zwischen tatsächlichen und vermeintlichen kulturspezifischen Differenzen zu unterscheiden gilt.

Im weiteren ging es darum, eine *Organisationsstruktur* zu finden, die den einzelnen Forumsmitgliedern gleichzeitig eine gewisse Orientierung vermittelte, aber auch eine hohe Entscheidungskompetenz und grosse Handlungsspielräume verschaffte. Der administrative Aufwand sollte im übrigen so klein wie möglich gehalten werden. Ersteres wurde dadurch erreicht, dass sich die Mitglieder verpflichteten, sich an die gemeinsam festgelegten Grundsätze des Forums zu halten. Dazu gehörten auch regelmässige Sitzungen, an denen grundsätzliche und allgemeine Themen der Projektentwicklung besprochen und verbindlich festgelegt wurden. Letzteres erfolgte aufgrund der Übernahme von Verantwortung für einzelne Ressorts und Aktivitäten. Hier kamen selbstdefinierte Bedürfnisse und Wünsche nach Autonomie zum Zug, ohne dass dies die Zustimmung der anderen brauchte.

3.3.2 Die Aktionsphase - eine ganze Palette von kleineren und grösseren Teilprojekten

Die während der Aufbauphase gemachten Abklärungen im Quartier und die inhaltlichen Diskussionen zum Thema Gewaltprävention im Allgemeinen und im Quartier führten zur Bearbeitung folgender Themenbereiche:

- Quartierentwicklung – Wohnbau und Bevölkerungsstruktur
- Das Zusammenleben der einheimischen mit der zugewanderten Wohnbevölkerung
- Die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung im Quartier
- Schnittstelle Schule und Elternhaus – Eltern, die nicht erreicht werden können
- Umgang mit eskalierenden Konfliktsituationen im öffentlichen Raum (Schule, Quartier und Stadt) durch als zuständig bezeichnete Institutionen und Instanzen

Für das Quartierforum war zu diesem Zeitpunkt noch nicht geklärt, welche Möglichkeiten und Grenzen ihm als auf freiwilliger und ehrenamtlicher Basis arbeitende Projektgruppe in der Aufnahme dieser Themen- und Problembereiche gesetzt sind. Deshalb wurde beschlossen, im nun folgenden Jahr Aktivitäten und Projekte zu initiieren, die Aufschluss auf diese Fragestellung geben würden. Es zeigte sich, dass es für die Mitglieder sehr wichtig wurde, auch nach "ausser" aktiv zu werden. Mit konkreten Aktivitäten sollten die



QuartierbewohnerInnen, im speziellen auch die Jugendlichen, erreicht werden. Das Quartierforum setzte folgende Teilprojekte um:

- Anlauf- und Kontaktstelle
- Quartierrundgang für Neuzuzüger
- Sportanlässe im Quartier
- Quartierjahrmarkt
- Patenschaft/Nachbarschaftshilfe
- Aufgabenhilfe/Sprachunterricht
- Quartiertreff für Frauen
- Sprachkurs für Frauen
- Begegnung/Wissensaustausch/Kultur
- Interreligiöser Austausch und Begegnung
- Elternmitarbeit
- Quartiermarketing

3.3.3 Differenzierungs- und Abschlussphase

Aufgrund der inzwischen gemachten Erfahrungen in den einzelnen Projekten und Aktivitäten wurde zusehends klarer, in welchem Rahmen das Quartierforum Präventionsarbeit gegen Gewalt leisten kann. Und dieser ergibt sich einerseits aus dem Faktor Zeit. Freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten sind, was das zeitliche Engagement anbelangt, beschränkt. Andererseits müssen die Aktivitäten auch den individuellen Voraussetzungen und Interessen der Forumsmitglieder entsprechen, so dass das Engagement persönlich gewinnbringend und bereichernd ist und nicht in eine Überforderung mündet.

Angesichts dieser Grenzen war die Klärung der Frage nach der Zuständigkeit des Forums sehr wichtig. Bald wurde nämlich klar, dass das Forum selbst keine direkte Konfliktbearbeitung leisten kann. Hingegen kann es den zuständigen Organen und Institutionen Hilfestellungen leisten, indem es Personen mit besonderen Kenntnissen vermittelt (z.B. Kulturvermittler) und auch das forumspezifische Wissen anbietet. Der Aktivitätsbereich des Forums liegt da, wo es darum geht, Problemstellungen im Quartier zu erkennen und öffentlich sicht- und diskutierbar zu machen. Im Rahmen der eigenen, begrenzten Möglichkeiten kann es auch auf Problemstellungen reagieren, indem es - wie bisher - bestimmte Aktivitäten und Projekte initiiert und umsetzt.

Aufgrund dieser Einsichten und der Tatsache, dass ein baldiges Projektende absehbar war, wurde das Schwergewicht nicht mehr auf das Entwickeln neuer Aktivitäten gelegt. Man wollte sich vielmehr der Frage widmen, ob und wie die bereits lancierten Aktivitäten nach Projektabschluss weitergeführt werden konnten, und welche Veränderungen für das Fortbestehen des Quartierforums notwendig wären. Hierzu gehörte auch das Verfassen eines Schlussberichtes mit Empfehlungen für die Weiterführung des Projektes. Der Stadtrat und



die Arbeitsgruppen übernahmen die Empfehlung, das Projekt weiterzuführen und allenfalls weitere Foren in anderen Quartieren einzurichten.

3.4 Fremdevaluation des Projektes

Das Institut *cultur prospectiv* in Zürich hat das Projekt "Quartierforum – im Quartier zusammen sprechen, statt zusammenschlagen" in zweierlei Hinsicht ausgewertet. Einerseits interessierte die Frage der gewaltpräventiven Wirkung der Aktivitäten des Quartierforums und andererseits der Stellenwert der fachlichen Begleitung des TikK. Zur Datenerhebung führte *cultur prospectiv* Interviews mit verschiedenen Akteuren durch – Quartierbewohner, Funktionsträger im Ausbildungsbereich und Politiker. Nachfolgend eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse aus der Evaluationsstudie.

3.4.1 Einschätzung der allgemeinen Wirkungen auf das Quartier durch die Akteure

Das Quartierforum konnte sich im Quartier gut positionieren, seine Aktivitäten werden von den Quartierbewohnern wahrgenommen. Durch die Präsenz des Forums erhält die Bevölkerung die Gewissheit, dass Gewalt nicht akzeptiert wird, sondern dass man etwas dagegen tun kann. Durch das Forum wurde so ein wichtiger Prozess der Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt eingeleitet. Das Verhältnis zwischen der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung ist enger geworden. Die Wirkung des Forums wird im Quartier lokalisiert. Dies spricht eindeutig dafür, wie wichtig der quartierbezogene Ansatz ist. Betroffenheit durch ein Problem und Bereitschaft zur Zusammenarbeit bilden eine wichtige Voraussetzung, um gemeinsam Wege zur Lösung zu suchen. Wirkungen müssen im Kleinen, im nahen Wohnumfeld erfassbar werden, um die Leute für weitere Schritte zu motivieren.

3.4.2 Einschätzung der Wirkungen zur Prävention von Gewalt durch die Akteure

Das Forum entwickelte gute Ideen für präventive Massnahmen. Es gelang, die Bevölkerung für den Umgang mit dem Gewaltproblem zu sensibilisieren. Das Prinzip "miteinander über Probleme reden statt Gewalt anwenden" bekam breite Unterstützung. Kommunikation als Gewaltprävention wird anerkannt. Einig ist man sich, dass Gewalt nicht alleine ein Zuständigkeitsbereich der Polizei sein kann, sondern dass Betroffene und Besorgte - Eltern, Schüler, Lehrerschaft - das gemeinsame Gespräch suchen müssen. Das Quartierforum kann in erster Linie mögliche Wege aufzeigen, für die konkrete Umsetzung ist die Vernetzung mit verschiedenen Stellen und Instanzen notwendig, die bei Gewaltsituationen intervenieren können.

3.4.3 Einschätzung der Arbeit des TikK durch die Akteure

Alle Akteure des Quartierforums sprechen sich positiv über den Beitrag des TikK aus. Sie heben die Professionalität, die umsichtige Moderation der Gruppe und die differenzierte Problemwahrnehmung hervor. Die Unterstützung durch das TikK wurde auf zwei Ebenen als unentbehrliche Hilfestellung gewertet:



Wissensvermittlung: Vermittlung von Fachwissen und Sensibilisierung für die Hintergründe eines Problems. Da alle Mitglieder des Quartierforums Laien sind, die wenig Wissen über Gewalt, Konfliktlösung, kulturelle Unterschiede etc. haben, erhielten sie aus den Weiterbildungssequenzen wertvolle Impulse.

Unterstützung bei der konkreten Konfliktlösung: Eine externe Stelle wie das TikK ist für ein Gemeinwesen in der Phase der Umsetzung von Lösungsstrategien eine wichtige Hilfe, da es nicht nur die Problemstellung im Gemeinwesen kennt, sondern auch aus dem eigenen Erfahrungsschatz Anregungen für die Konfliktlösung geben kann.



Literatur

- Bader Veit-Michael (1995): Rassismus, Ethnizität, Bürgerschaft. Soziologische und philosophische Überlegungen, Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Betzavta. Miteinander - Praxishandbuch für die politische Bildung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 1997.
- Eisner Manuel (1997): Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz, Campus, Frankfurt/New York.
- Esser Johannes/von Kietzell Dieter/Ketelhut Barbara/Romppel Joachim (1996): Frieden vor Ort. Alltagsfriedensforschung - Subjektentwicklung - Partizipationspraxis, Agenda Verlag, Münster.
- Heim Gunda/Krafeld Franz Josef/Lutzebäck Elke et al. (1991): "Lieber ein Skinhead als sonst nichts?", In: Neue Praxis, H. 3:300-310.
- Hering Rainer-Dieter/Rössner Dieter (Hg.)(1993): Täter-Opfer-Ausgleich im allgemeinen Strafrecht. Theorie und Praxis konstruktiver Tatverarbeitung: Grundlagen, Modelle, Resultate und Perspektiven, Forum Godesberg, Bonn.
- Hofstede von Geert (1997): Lokales Denken, globales Handeln. Kulturen, Zusammenarbeit und Management, Deutscher Taschenbuch Verlag, München.
- Holenstein Elmar (1998): Kulturphilosophische Perspektiven. Schulbeispiel Schweiz. Europäische Identität auf dem Prüfstand. Globale Verständigungsmöglichkeiten, Suhrkamp, Frankfurt/M (Darin: Intra- und interkulturelle Hermeneutik, S. 257-287; Ein Dutzend Daumenregeln zur Vermeidung interkultureller Missverständnisse, S. 288-312).
- Husband Charles (1999): Recognising Diversity and Developing Skills: The proper role of transcultural communication, Typoskript, Typoskript European Schools of Social Work-Conference, Helsinki.
- Imhof Kurt (1994): Nationalismus, Nationalstaat und Minderheiten. Zu einer Soziologie der Minoritäten, In: Soziale Welt:327-357.
- Lösel Friedrich (1995): Entwicklung und Ursachen der Gewalt in unserer Gesellschaft, In: Gruppendynamik, H. 1, März:5-22.
- Otto Hans-Uwe/Merten Roland (Hg.)(1993): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Sassen Saskia (1997): Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der Global Cities, Campus, Frankfurt/New York, 2. Aufl.
- Schiffauer Werner (1997): Die Gewalt der Ehre. Erklärungen zu einem türkisch-deutschen Sexualkonflikt, Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Schiffauer Werner (1997): Fremde in der Stadt. Zehn Essays über Kultur und Differenz, Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Staub-Bernasconi Silvia (1995): Ethnospezifische, interkulturelle, transkulturelle Soziale Arbeit - mehr als ein Verwirrspiel?, in dies.: Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international, Haupt, Bern/Stuttgat/Wien:303-317.
- Staub-Bernasconi Silvia (1995): Auf der Suche nach einer "beidseits" akzeptierbaren Vorstellung der Integration von Flüchtlingen, in dies.: Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international, Haupt, Bern/Stuttgat/Wien:319-337.
- Theorie-Praxis-Seminar der Technischen Universität Berlin: Perspektiven der Mediation in der Sozialen Arbeit, Berlin, Typoskript, 2000.
- Tillmann Klaus-Jürgen/Holler-Nowitzki Birgit/ Holtappels Heinz Günter et al. (1999). Schülergewalt als Schulproblem. Verursachende Bedingungen, Erscheinungsformen und pädagogische Handlungsperspektiven, Juventa, Weinheim/München.
- Wicker Hans-Rudolf (Hg.) (1998): Nationalismus, Multikulturalismus und Ethnizität. Beiträge zur Deutung von sozialer und politischer Einbindung und Ausgrenzung, Haupt, Bern, Stuttgart.

Zürich, 16.08.00

